

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Die Rückkehr in das Kosovo den Realitäten anpassen**

Nach neuesten Erkenntnissen, unter anderem der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung und der UN-Mission im Kosovo (UNMIK), hat sich die Lage der Menschen im Kosovo nicht in der erwarteten schnellen Weise beruhigt und annähernd normalisiert. So sind zum Beispiel

- bis Ende 2000 maximal 30.000 der 100.000 zerstörten Häuser wieder bewohnbar,
- die Rückkehrmöglichkeiten auf dem Landweg nur eingeschränkt möglich,
- die Mittel zur Förderung der freiwilligen Rückkehr auf dem Luftweg auf 60.000 Personen begrenzt,
- die Aufnahmekapazitäten für die insgesamt 180.000 Kosovo-Flüchtlinge aus Deutschland, das heißt 10 % der Bevölkerung des Kosovo, nach UN-Auskunft stark begrenzt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge deshalb beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. in der Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder auf eine zeitliche Streckung der Rückkehr der Kosovo-Flüchtlinge sowie auf die Einsetzung eines Rückkehrbeauftragten als zentrale Koordinierungsstelle (wie im Falle der Rückkehr der Bosnienflüchtlinge) hinzuwirken,
2. in eigener Zuständigkeit im Lande Bremen geeignete Maßnahmen für eine solche zeitliche Streckung der Rückkehr zu ergreifen, und dabei besonders
 - Personen aus serbisch dominierten Gebieten in diesem Jahr von einer Rückkehrverpflichtung auszunehmen,
 - Personen, die nach der Rückkehr über keine Unterkunft verfügen werden, ebenfalls in diesem Jahr nicht zwangsweise zurückzuführen,
 - Aspekte wie Aufenthaltsdauer, Gesundheitszustand, Familienstand oder Familien mit in Ausbildung befindlichen Kindern bei der Verlängerung von Duldungen besonders zu berücksichtigen,
 - integrierte Familien, die vor dem 1. Juli 1993 eingereist sind, nicht zu einer Rückkehr zu zwingen,
3. die freiwillige Rückkehrbereitschaft zu fördern und dabei besonders zu sorgen für
 - finanzielle Unterstützung der freiwilligen Rückkehr,
 - Unterstützung der Mitnahme von Hausrat,
 - Ermöglichung von Reisen zur Rückkehrvorbereitung,
 - die Erprobung von Modellen, durch befristete Arbeitsgenehmigungen für ein Familienmitglied in Bremen die Finanzierung der Wiederaufbauleistungen

der rückkehrenden Gesamtfamilie zu sichern (in den Ländererlassen von Bayern und Baden-Württemberg für eine Dauer von bis zu sechs Monaten vorgesehen),

4. Minderheitenangehörige (Roma, Serben, Ashkali) bis auf weiteres nicht zur Rückkehr zu zwingen, da sie im Kosovo akut von Verfolgung bedroht sind.

Dr. Güldner,
Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen